

Bekanntmachung

Zur Angebotsabgabe / Teilnahme auffordernde Stelle

Bezeichnung Zentral- und Landesbibliothek Berlin
Postanschrift Breite Str. 30-36
Ort 10178 Berlin
E-Mail vergabestelle@zlb.de
URL <https://www.zlb.de/>

Zuschlag erteilende Stelle

die zur Angebotsabgabe / Teilnahme auffordernde Stelle

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen

Elektronisch über diese Vergabeplattform: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y2PM0SJ>

Postalische Angebote oder Teilnahmeanträge sind nicht zugelassen

Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Elektronisch über diese Vergabeplattform: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y2PM0SJ/documents>

Art und Umfang der Leistung

Ausgeschrieben wird die Bereitstellung von Trinkwasserspendern auf Grundlage eines Mietvertrages.

Die Leistung beinhaltet die Anlieferung, Installation und die Inbetriebnahme von insgesamt 7 Wasserspendern als Standgerät an 2 Standorten der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB), inklusive Wartung und Sanitation.

Haupterfüllungsort

Bezeichnung ZLB, Berliner Stadtbibliothek
Postanschrift Breite Str. 30-36
Ort 10178 Berlin

Weitere Erfüllungsorte

Bezeichnung ZLB, Amerika-Gedenkbibliothek
Postanschrift Bücherplatz 1
Ort 10961 Berlin

Ausführungsfristen

Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Vertragsbeginn: ab Zuschlagserteilung

Mietbeginn: 01.08.2026

Grundvertragslaufzeit: 24 Monate mit der optionalen Verlängerung 2x1 Jahr

Zuschlagskriterien

Niedrigster Preis

Nebenangebote

Nebenangebote werden nicht zugelassen.

Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja Nein

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Die Unternehmen haben mit dem Angebot als vorläufigen Nachweis ihrer Eignung eine ausgefüllte Erklärung zu Ausschlussgründen und Angaben zum Unternehmen (Formblatt Wirt 124) vorzulegen. Darin sind Angaben zu machen u.a. zu Name, Rechtsform und ggf. Registereintragung, zu Firmeninhabern und gesetzlichen Vertretenden sowie zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne von §§ 123 und 124 GWB, § 21 AentG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG und § 21 SchwarzArbG (z.B. Insolvenzverfahren und Liquidation, schwere Verfehlungen oder Verurteilungen oder Nichtzahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung, zum Nichtvorliegen von Eintragungen im Wettbewerbs-, Gewerbezentralregister u.ä.).

Der Nachweis der Eignung kann auch durch Eintragung im Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis (ULV) oder zum Beispiel über die frei zugängliche Präqualifikationsdatenbank (DIHK) erbracht werden. In diesem Fall ist dem Angebot das Zertifikat der Präqualifizierungsstelle einschließlich Ihres Zertifikatscodes beizufügen. Hierbei ist zu beachten, dass die Nachweise in der Präqualifikationsdatenbank, die in diesem Vergabeverfahren geforderten Mindestbedingungen vollständig erfüllen (z.B. Angaben zu den Referenzaufträgen). Soweit die Nachweise der Präqualifikationsdatenbank den gestellten Anforderungen nicht vollständig entsprechen, sind ergänzende Nachweise und Angaben dem Angebot beizufügen.

Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) kann als vorläufiger Nachweis der Eignung mit dem Angebot eingereicht werden.

Ausländische Unternehmen haben gleichwertige, in die deutsche Sprache übersetzte Bescheinigungen vorzulegen.

Die Auftraggeberin behält sich vor, von den Unternehmen (auf gesondertes Verlangen) Nachweise zur Bestätigung der Eigenerklärung zu verlangen (z.B. Gewerbeanmeldung, Handels-/Berufsregisterauszug, Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Finanzamtes, der Sozialversicherungsträger und der Berufsgenossenschaft u.ä.).

Die Auftraggeberin prüft etwaige Eintragungen im Wettbewerbsregister (§ 6 WRegG).

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Erklärung, dass für das Unternehmen eine Haftpflichtversicherung für die Dauer der Vertragslaufzeit für einerseits Personen- und Sachschäden sowie für andererseits Vermögensschäden (jeweils in branchenüblicher Höhe) mit einer aktuellen Gültigkeit vorgehalten und mit dem Angebot nachgewiesen wird oder abgeschlossen und spätestens 2 Wochen nach der Zuschlagserteilung der Auftraggeberin unaufgefordert das Bestehen dieser durch einen entsprechenden Nachweis vorgelegt wird. (Formblatt: 07_Erklärung_Leistungsfähigkeit).

Sonstige

Es gelten Besondere Vertragsbedingungen (BVB) zum Mindeststundenentgelt (Teil A) (Wirt-214 P), zur Frauenförderverordnung (Wirt-2141), zur Verhinderung von Benachteiligungen (Teil A) (Wirt-2143 P) und über Kontrollen und Sanktionen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG) (Teil B) (Wirt-2144 P).

Wesentliche Zahlungsbedingungen

keine

Gegebenenfalls geforderte Sicherheiten

keine

Schlusstermin für den Eingang der Angebote

17.06.2026 um 12:00 Uhr

Bindefrist des Angebots

16.07.2026

Zusätzliche Angaben

1. Es obliegt den Unternehmen/Bietenden, sich frühzeitig nach Kenntnisnahme dieser Bekanntmachung über die Vergabeplattform zu registrieren. Zusätzliche Hinweise, Erläuterungen oder Antworten auf Bieterfragen sowie etwaige Änderungen oder Ergänzungen der Vergabeunterlagen wird die Vergabestelle nur registrierten Unternehmen/Bietenden über die Vergabeplattform mitteilen. Im

ZLB-2026-0001: Miete und Wartung von Wasserspendern

VO: UVgO

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Übrigen obliegt es den (auch registrierten) Unternehmen/Bietenden, die bereitgestellten Vergabeunterlagen vor Angebotsabgabe auf Aktualisierungen hin zu prüfen.

2. In der Zeit vom 20.05.2026 bis 04.06.2026 haben Bietende die Möglichkeit sich in einer Vor-Ort-Begehung einen Überblick über die örtlichen Begebenheiten zu verschaffen.

Die Anfragen zur Terminvereinbarung haben ausschließlich über das Kommunikationstool der Vergabeplattform zu erfolgen. Bieterfragen, die während der Ortsbesichtigung aufkommen, stellen Sie bitte ausschließlich über das Kommunikationstool der Vergabeplattform an die Vergabestelle.

3. Bieterfragen und Anfragen für weitere Auskünfte/Informationen sind bis spätestens 08.06.2026 ausschließlich über das Kommunikationstool der Vergabeplattform an die Vergabestelle zu richten.

4. Bietergemeinschaften haben mit dem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder abzugeben, in der u.a. alle Mitglieder aufgeführt sind und ein für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigtes Mitglied benannt ist und in der erklärt wird, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. In der Erklärung sind die vorgesehenen Leistungs(an)teile der Mitglieder zu benennen.

Der Nachweis der Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister gilt für jedes Mitglied gesondert. Die Eignung nach den Anforderungen der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit ist für jedes Mitglied gesondert nachzuweisen und wird für die Bietergemeinschaft insgesamt beurteilt.

5. Beabsichtigt der/die Bietende, Teile des Auftrages an Nachunternehmen weiter zu beauftragen, so hat er/sie der Vergabestelle die Namen, die gesetzlichen Vertretenden und die Kontaktdaten der Nachunternehmen spätestens vor der Beauftragung anzugeben und nachzuweisen, dass ihm/ihr die Nachunternehmen zur Erbringung der vorgesehenen Leistungen zur Verfügung stehen (z.B. durch Verpflichtungserklärung, Formblatt: 10_Verpflichtungserklärung_Nachunternehmen). Zugleich hat der/die Bietende nachzuweisen, dass die Nachunternehmen für den von ihnen zu übernehmenden Teil des Auftrages geeignet sind und keine Ausschlussgründe vorliegen.

6. Beabsichtigt der/die Bietende, im Hinblick auf die erforderliche Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen ("Eignungsleihe"), so hat er/sie bereits mit dem Angebot die Namen, die gesetzlichen Vertretenden und die Kontaktdaten der anderen Unternehmen anzugeben (z.B. durch Erklärung, Formblatt: 11_Erklärung+Verpflichtungserklärung_Eignungsleihe, Seite 1) und die Eignungsnachweise der anderen Unternehmen zu den in Anspruch genommenen Kapazitäten vorzulegen. Der/Die Bietende hat der Vergabestelle nachzuweisen, dass ihm die Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Erfüllung des Auftrages zur Verfügung stehen (z.B. durch Verpflichtungserklärung, Formblatt: 11_Erklärung+Verpflichtungserklärung_Eignungsleihe, Seite 2). Bei Inanspruchnahme der wirtschaftlichen und/oder finanziellen Kapazitäten hat das andere Unternehmen gemeinsam mit dem/der Bietenden für die Auftragsausführung zu haften (Haftungserklärung).

7. Das Angebot und alle Unterlagen sind in deutscher Sprache vorzulegen. Anderssprachigen Unterlagen (z.B. Bestätigungen ausländischer Stellen) ist stets zugleich eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Die Auftraggeberin behält sich vor, eine amtlich beglaubigte Übersetzung durch einen staatlich beeidigten Dolmetscher oder Übersetzer nachzufordern.

8. Zu weiteren Einzelheiten siehe Vergabeunterlagen, dort insbesondere die Bewerbungsbedingungen.

Bekanntmachungs-ID: CXP4Y2PM0SJ